

Miechowiher Zeitung

Anzeiger für die Gemeindebezirke Miechowiz, Karz und Kofitnik

Erscheint wöchentlich drei mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags. Bezugspreis pro Monat 1.00 Pfg. frei ins Haus; durch die Post bezogen 6 Wk. pro Vierteljahr

Geschäftsstelle: Dittmann's Buchhandlung, Miechowiz.

Verantwortlich für den Gesamthalt: Josef Jarosch, Miechowiz.

Anzeigenpreis: Die 8 gepaltene Colonnezeile oder deren Raum kostet 40 Pfennig. - Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt. Druck: „Kurier“ G. m. b. H. Königshütte - Kattowitz.

Nummer 141.

Freitag, den 3. Dezember 1920

6. Jahrgang.

Die Zukunft der oberschlesischen Eisenindustrie.

Von Dr. Adamiech (Breslau).

Die oberschlesische Kohlenindustrie, welche vor dem Kriege 135 000 Arbeiter beschäftigte, hat nur mit Abgeschwächter Kraft zu kämpfen gehabt. Bei der oberschlesischen Eisenindustrie, welche 45 000 Arbeiter beschäftigt, treten die Abgeschwächter Kraft noch in viel verschärfterem Umfange auf. Dazu kommt als ganz besonders erschwerendes Moment, daß die oberschlesische Eisenindustrie in Bezug von Erzen fast völlig von anderen abhängig ist. Die oberschlesische Eisenindustrie ist heute nur noch ein ganz künstliches Gebilde.

Oberschlesien hatte im Jahre 1911 nur noch 73 000 Tonnen Eisenerze gefördert. Bei einem Jahresverbrauch von 900 000 Tonnen wurden fast alle, in Oberschlesien verarbeitenden Eisenerze anderswoher, namentlich aus Schweden bezogen. Die schwedischen Eisenerzlieferungen erhielt aber Deutschland nur gegen starke Zugeständnisse. Deutschland mußte sich nämlich verpflichten, Schweden ein entsprechendes Quantum von Granitsteinen abzunehmen, nicht zuletzt auf Kosten der schlesischen Steinindustrie mußte er für die letzten Zeit der Belieferungsbezirke für schwedische Steine bis tief nach Pommern und Brandenburg, einschließlich der Reichshauptstadt, ausgedehnt werden. Auf dem Wasserwege der Oder wurden die meisten schwedischen Eisenerze nach Oberschlesien geschafft.

Polen kann Oberschlesien Eisenerze nicht liefern. Nach der „Rzeczpospolita“ (Warschau, 14. August 1920) mußte Polen selbst im Jahre 1912 Eisenerze aus Südrussland, nämlich aus Krivoi-Rog in einer Höhe von 380 000 Tonnen, das heißt ungefähr 30 Prozent der Eisenproduktion in Polen, beziehen. Andere Quellen geben an, daß Polen sogar 500 000 Tonnen Eisenerze alljährlich aus dem Ausland bezogen hat).

Es fragt sich nun, ob der Bezug von schwedischen Eisenerzen weiter möglich sein wird, wenn Oberschlesien polnisch werden sollte. Zugeständnisse, wie sie Deutschland bezüglich der Abnahme von Granit Schweden gemacht hat, wird Polen zu machen kaum in der Lage sein. Doch von dieser Schwierigkeit wollen wir hier zunächst absehen. Die Schwierigkeit der Eisenerzbeschaffung für Oberschlesien liegt auf einem ganz anderen Gebiete, sie ist nämlich in erster Linie eine — Transportfrage.

Es ist bereits erwähnt worden, daß die schwedischen Eisenerze auf dem Wasserwege auf der Oder bezogen worden sind. Bereits früher machte man der Regierung den Vorwurf, daß sie sich um die Oberregulierung wenig gekümmert hätte. Würde nun Deutschland Oberschlesien verlieren, dann würde es für die Oder, trotz Internationalisierung noch weniger übrig haben. Sobald wir nämlich von Oberschlesien absehen, durchfließt die Oder nur ländliche Bezirke. Deutschland hätte daher ohne Oberschlesien an der Oder kaum ein nebensächliches Interesse. Ja, die Konkurrenz der süddeutschen und westdeutschen Eisenwerke würde sogar systematisch dafür sorgen, daß einem polnischen Oberschlesien im Bezug schwedischer Eisenerze die größten Schwierigkeiten gemacht werden: Was von Wasserfahrleuten schon immer betont worden ist, dürfte in der Tat eintreten. Deutschland wird für die Oder nicht alljährlich viele Millionen ausgeben, die Ober dürfte daher versanden und als Transportweg, ähnlich wie das bei der Weichsel infolge völliger Vernachlässigung der Fall ist, auscheiden.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der schwedischen Eisenerze ist von Stettin aus auf dem Bahnwege nach Oberschlesien geschafft worden. Die Oder kann man zwar internationalisieren, nie und nimmer aber die deutschen Eisenbahnen. Einem polnischen Oberschlesien dürfte Deutschland kaum noch seine Schienenwege zur Verfügung stellen. Bei den Schwierigkeiten im deutschen Transportwesen könnte Deutschland diese Haltung auch ohne weiteres begründen.

Aus diesen Gründen, wozu noch polnischerseits politische Momente hinzutreten würden, würde Stettin als Einjurhafen für ein polnisches Oberschlesien wegfallen. Dadurch würden zunächst an sich schon die See- und die Frachtkosten für englische Kohle pro Tonne nach Danzig 30 Pfg. mehr als nach Stettin.

An die Stelle von Stettin müßte für ein polnisches Oberschlesien Danzig treten. Dadurch würde, wie bereits schon bemerkt, zunächst die See- und die Frachtkosten für englische Kohle pro Tonne nach Danzig 30 Pfg. mehr als nach Stettin. An die Stelle von Stettin müßte für ein polnisches Oberschlesien Danzig treten. Dadurch würde, wie bereits schon bemerkt, zunächst die See- und die Frachtkosten für englische Kohle pro Tonne nach Danzig 30 Pfg. mehr als nach Stettin.

Der billige Flußweg Stettin-Kattowitz wird Oberschlesien kaum noch zur Verfügung stehen. An seine Stelle müßte der an sich viel teurere Bahnweg treten. Berücksichtigt wird diese Situation noch ganz wesentlich dadurch, daß der Weg Danzig-Kattowitz (663,7 Kilometer) um 137,9 Kilometer länger ist, als der Weg Stettin-Kattowitz (525,8 Kilometer).

Es ist bereits angedeutet worden, daß Oberschlesien mit seinen Eisenerzfabriken noch viel größere Absatzschwierigkeiten als mit seiner Kohle hat. Oberschlesien hat ja mit seinem Eisen (z. B. Bleche) nicht einmal den oberschlesischen Markt selbst unumstritten beherrscht. Die Konkurrenz der west- und süddeutschen Eisenwerke machte sich für Oberschlesien noch fühlbarer, als die Konkurrenz durch die Ruhrkohle.

Wird Oberschlesien polnisch, dann verliert es seine Absatzmärkte für Eisenerzfabrikate in Deutschland noch viel schneller, als die Absatzmärkte für Polen. Was aber Oberschlesien verlieren würde, geht daraus hervor, daß Oberschlesien von seiner Gesamtproduktion an Fertigisen von 1,3 Mill. Tonnen fast alles, nämlich 1,2 Mill. T. nach Deutschland abgesetzt hat.

Könnte nun Polen an die Stelle von Deutschland treten? Polen hat selbst etwa 3 Prozent seiner gesamten Eisenerzeugung mit großen Schwierigkeiten nach Rußland absetzen müssen. Polen kommt also nicht nur nicht als Abnehmer für oberschlesische Eisenerzfabrikate in Frage, sondern Polen ist sogar ein scharfer Konkurrent Oberschlesiens!

Eine Schwierigkeit, welche sich für die Eisenindustrie in einem polnischen Oberschlesien ergeben würde.

Zur Herstellung des heute den Markt beherrschenden Siemens-Martinstahls ist Al-eisen eine unbedingte Notwendigkeit. Bisher hat Oberschlesien Al-eisen reiflos aus Deutschland bezogen. Würde nun Oberschlesien polnisch werden, dann würde die süd- und westdeutsche Konkurrenz nicht zulassen, daß das überall in der Welt so heiß begehrte Al-eisen nach Oberschlesien kommt. Schon aus diesem einzigen Gesichtspunkte heraus würde die oberschlesische Eisenindustrie einer sehr fatalen Zukunft entgegengehen!

Englische Offiziere fordern die Revision des Versailler Vertrages.

Erst jetzt wird bekannt, daß bei der Feier des Jahrestages des Waffenstillstandes in der Londoner „Kingsway-Hall“ eine große Versammlung stattgefunden hat, die von der „Union of Democratic Control“ dem Zweck einberufen worden war, gegen den Versailler Vertrag zu protestieren und dessen Revision zu fordern. Bemerkenswerteste waren alle Redner, die in der Versammlung das Wort ergriffen, ausnahmslos ehemalige Offiziere der britischen Armee, und zwar Offiziere in höherem Rang. Darunter erklärte es sich auch, daß die französische und englische Presse die peinliche Angelegenheit mit Stillschweigen übergegangen hat.

Das einzige Blatt, das über die genannte Versammlung berichtet, ist die sozialdemokratische „Humanität“, die auf Grund der Mitteilungen ihres Londoner Berichterstatters über das Protestmeeting der Offiziere berichtet. Major G. R. Milne, der im bürgerlichen Beruf Bürgermeister von Stepney ist, der Vorsitzende der Versammlung, nahm als erster Redner das Wort zu der Erklärung, daß der Krieg, statt den Militarismus zu zerstören, nur dazu gedient habe, die Interessen der „Big Business“ zu fördern.

Die Regierung, sagte er, „die den namenlosen Toten ehrt, hat alle Versprechungen, die sie gemacht hat, um uns in den Krieg zu locken, gebrochen und will von den Lebenden nichts wissen“. Hauptmann Gillm wies seinerseits auf den unüberbrückbaren Widerspruch hin, der zwischen den Erklärungen über den Kriegszweck, die der organisierten Arbeiterpartei unaufrichtig gemacht worden waren, und den Artikeln des Versailler Vertrages besteht.

„Im ganzen Kriegsverlauf“, so erklärte er, „hatte die Regierung alle Versuche, die ihr die Arbeiterpartei unterbreitete, ohne weiteres zurückgewiesen. So vor allem hatte sie sich wiederholt zugunsten des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker erklärt. Wo ist aber heute die Nation, der es gestattet ist, ihr Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen? Alle Verpflichtungen, die die Regierung gegen Island,

Judien und Meghyten eingegangen war, sind null und nichtig.

Major Kenworthy sprach im gleichen Sinn und beschäftigte sich insbesondere mit der Kritik des türkischen Friedensvertrages.

Unter den anderen Rednern des Abends, die sich mehr oder weniger scharf zu der Lage-ordnung äußerten, seien vor allem Major Harry Barnes, der dem Unterhaus als Mitglied angehört, Oberst Bruce Kingsmill, C. D. Morel und S. B. Lee-Smith genannt. Eine Entschlebung, die die Revision des Versailler Vertrages und eine Politik der internationalen Versöhnung und Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen den Völkern, sowie eine demokratische Kontrolle der britischen Politik verlangte, gelangte zu einstimmiger Annahme. Im Verlauf des Abends trafen Zustimmung- und Sympathieumgebungen von General Gough, Brigade-General E. B. Thomsen, Hauptmann O'Grady und einer großen Menge anderer Offiziere, Gelehrten etc. ein, die während des Krieges im Felde gestanden hatten. Sie alle drückten ihre Entschuldung aus und erinnerten an das Ideal, für das Groß-Britannien angeblich in den Krieg gezogen war, ein Ideal, das den Kriegsbegern gestattete, das britische Volk in die große Tragödie hineinzuziehen.

Frankreich rüstet nicht ab?

Rotterdam, 2. Dezember. (Eigene Meld.) Der „Matin“ meldet: Das französische Kabinett hat die französische Delegation beim Völkerbund dahin instruiert, in der Frage der Abrüstung auf der vorläufigen Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und der Stärke des jetzigen Heeres zu bestehen, solange der Versailler Vertrag unverändert ist.

Genf, 1. Dezember. Der amtliche Anzeiger des Völkerbundes bringt Einzelheiten aus der letzten Sitzung des Abrüstungskonferenzen. Danach wies Branting-Schweden übereinstimmend mit Belgien darauf hin, daß die mit der Abrüstung betraute ständige Kommission nicht beschließen könne, weil sie ausschließlich aus Militärpersonen zusammengesetzt sei. Die Völker der Welt seien den Lasten der Rüstungen nicht mehr gewachsen; man müßte ihren Gefühlen Rechnung tragen, wie sie in den Arbeiterorganisationen der Welt im Widerspruch kämen. Ein Beispiel sei die gegenwärtige Londoner Konferenz der Trade Unions.

Die Kaiserin im Sterben.

Wien, 2. Dezember. (Eig. Meld.) Aus Schloß Doorn wird von gestern abend gemeldet: Das Befinden der Kaiserin hat in den Nachmittagsstunden zu ernstlichen Affektionen des Herzens geführt. Der Puls setzt zeitweise aus. Mit dem Eintritt der Agonie kann stündlich gerechnet werden.

Berlin, 2. Dezember. (Eig. Meldung.) Das Reichskabinett und das preussische Staatsministerium haben sich gestern mit der Frage der Überführung der Kaiserin zur Beisehung nach Deutschland befaßt. Die Auffassung in beiden Ministerien geht dahin, daß, wenn ein solcher Antrag gestellt wird, keine Ablehnung aus rechtlichen Gründen unmöglich sei.

Die Kaiserin 7.

Doorn, 2. Dezember. In später Nachtstunde verläutet, daß jedoch die Deutsche Kaiserin verstorben ist. Nähere Einzelheiten über ihre letzten Stunden liegen noch nicht vor.

Waffensuche in Berlin.

Berlin, 2. Dezember. (Eigene Meldung.) Auf Anordnung des Reichskommissars für die Entwaffnung wurde gestern in Berlin mit den ersten Durchsuchungen nach nicht abgeleiteten Waffen begonnen, darunter auch in der Kaserne der Charlottenburger Sicherheitspolizei und in der Kaserne der ehemaligen GStAbeter. Das Resultat der Durchsuchung ist noch nicht bekannt. Die Durchsuchungen werden in den nächsten Tagen auf das ganze Reich ausgedehnt.

Das Unrecht von Eupen-Malmédy.

Köln, 2. Dezember. (Eig. Meldung.) Der Völkerbundsrat in Genf hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den deutschen Antrag auf Aufhebung der Volksabstimmung in Eupen und Malmédy abzulehnen, weil die deutsche Beschwerde keinerlei neue Tatsachen enthalte.

Berlin, 2. Dezember. An Berliner amtlichen Stellen liegt noch keine offizielle Meldung über die Entscheidung des Völkerbundes über die deutsche Eupen-Malmédy-Note vor. Es heißt jedoch, daß sich die deutsche Reichsregierung für den Fall einer Ablehnung entschlossen hat, eine neue Note auszubereiten.

General Jeligowski über die 20. Annexion in Polen.

Grodno, 30. November. General Jeligowski gewährte dem Vertreter des „East Express“ eine längere

Unterredung und führte u. a. aus: Vor allen Dingen kommt es auf die vollkommen unparteiische Stellung der Abstimmungskommission des Völkerbundes an, die wir unbedingt verlangen müssen und die die Kommission auch bisher in jeder Weise bewiesen hat. Allerdings befürchte ich, daß die Völkerbundsdelegation in der kurzen Zeit zu wenig Gelegenheit hatte, die Bevölkerung und Geschichte Zentral-Litauens genauer kennen zu lernen. An dem Abstimmungsergebnis besteht meiner Meinung nach nicht der geringste Zweifel, der weitest größte Teil der Bevölkerung fühlt sich unbedingt zu Polen gehörig und auch die Obstruktion einer kleinen Minderheit wird an diesem Ergebnis nicht das geringste ändern. Ich halte daher das ganze Plebiszit für eine leere Formsache, die leider die nationalen Leidenschaften nur unnötig aufpeitscht und den inneren Frieden bedroht.

Bayerns Entwaffnung.

Berlin, 2. Dezember. (Eig. Meldung.) Ueber den Stand der Entwaffnungsfrage für Bayern erfahren wir, daß sich der französische Botschafter und General Kollet in einer Besprechung mit v. Kahr zu Konzessionen bereit erklärt haben, vorbehaltlich der Zustimmung des Militärrates.

München, 2. Dezember. (Eig. Meldung.) Die Korrespondenz der bayerischen Volkspartei schreibt über das Ergebnis der Reise des bayerischen Ministerpräsidenten nach Berlin: Den Haupterfolg der Reise könne man darin erblicken, daß es dem bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin gelungen sei, Klarheit zu schaffen und unterantwortlich, den deutschen Interessen gegenüber laufende preussische Quartierarbeiten ins rechte Licht zu stellen. Es habe sich herausgestellt, daß die Klarheit über einen bevorstehenden Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet aus einer völlig unbedeutenden Quelle kamme und mit Pariser oder Londoner Entschlüssen nichts zu tun hätte.

Vollkämmerlicher Siegerwappstein.

Geftingsfors, 30. November. Die „Pravda“ bringt einen größeren Artikel des Volkskommissars Bukharin über die Pläne und Zukunftsmöglichkeiten der russischen Obersten Heeresleitung. Darin heißt es u. a.:

Nachdem die rote Armee in vernichtenden Schlägen die gegenrevolutionären Truppen Wrangels und Petljuras vom Erdboden vertilgt hat, brennt sie vor Verlangen darauf, endlich die demütigende Niederlage gegen Polen wieder wett zu machen. Dieser Augenblick, den Troski uns schon vor einigen Monaten prophezeit hat, und der die Demütigung unserer unergieblichen roten Soldaten wieder wettmachen soll, läßt nicht mehr auf sich warten. Das weiße Polen bildet mit seiner kapitalistischen, verbrecherischen Oberlaste die letzte Scheidewand zwischen uns und unseren deutschen Genossen. Bald ist die Zeit zur Vernichtung dieses übermächtigen Feindes gekommen und dann hat die Weltrevolution gelegt. Wenn unsere revolutionäre Heere erst am Rhein stehen, wenn sie erst das kapitalistische Frankreich, unseren größten Feind, direkt bedrohen, dann ist für den europäischen Kapitalismus die Todesstunde gekommen, dann mag sich die verschägte Bourgeoisie auf ihren Untergang vorbereiten.

Ein Berliner Blatt erfährt aus Kopenhagen, daß das Heer des Generals Petljura nach einer zwei Wochen dauernden Schlacht vollständig aufgerieben sei, und 12 000 Gefangene sowie viel Kriegsmaterial, u. a. 35 Kanonen, 300 Maschinengewehre und unübersehbares Eisenbahnmateriale verloren hat.

Sturm auf den polnischen Reichstag. Ueber Kopenhagen wird vom 30. November gemeldet: Die Unklarheit in den Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen hat in Warschau zu blutigen Straßenkämpfen geführt. Es ist bekannt, daß die Reichsparteien den Versuch unternehmen wollen, die Regierung zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen und Fortsetzung des Krieges gegen Rußland zu nötigen. Daraufhin strömte eine tausendköpfige Menge in der Reichstag und ging gegen eine Anzahl Kriegsbehrer tödlich vor.

Deutsch-Österreich.

Wien, 2. Dezember. (Eigene Meldung.) Das „Deutsche Volksblatt“ meldet: Der Bundesrat Österreich trat gestern zum ersten Mal in seine Rechte, indem sich der Bundesrat der Republik Österreich zu einer ersten Sitzung versammelte. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, Neumann, legte die Aufgaben des Bundesrates dar, die darin gipfelten, daß von der konstituierenden Generalversammlung noch nicht erledigte Bundesverfassungsregeln fertig zu stellen. Wir hoffen, so sagte der Bürgermeister, in dieser Versammlung eine Periode der Konflikte zwischen uns zu sehen, bis zu dem Augenblick, den wir alle herbeisehnen, in dem Deutsch-Österreich, von allen Fesseln befreit, sich angliedert an das große Reich der deutschen Nationen.

Der Versailler Vertrag bestimmt das Abstimmungsrecht.

Genf, 1. Dezember. (Eig. Meldung.) Der den Pariser alliierten Kreisen nahestehende „Temp“ weist darauf hin, daß jede Abstimmung außerhalb Oberschlesiens eine Abänderung des Friedensvertrags bedeute, die ohne die Einwilligung der polnischen und der deutschen Regierung nicht zulässig sei. Die Ablehnung durch Deutschland sei sicher, wenn ihm dieser Vorschlag unterbreitet werde. Das „Echo de Paris“ schreibt, im Interesse der Alliierten liege das Festhalten an allen vertraglichen Rechten.

Genf, 1. Dezember. (Eig. Meld.) Der „Secolo“ meldet aus Paris: Die Votierkonferenz hat am Dienstag ihre Beratungen über Oberschlesien beendet. Die Beschlüsse gehen am Donnerstag nach London zur Überprüfung und endgültigen Stellungnahme der alliierten Staatsmänner.

Auch der „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, daß die ober-schlesische Frage nicht mehr auf der Tagesordnung des Votierrates stehe.

Genf, 1. Dezember. (Eig. Meldung.) Der „Temp“ berichtet aus London: Die Beratungen der alliierten Staatsmänner, die durch Dehuges' Abreise nach Paris unterbrochen sind, werden Donnerstag wieder aufgenommen und bis Sonntag dauern. Der ganze Komplex der Fragen mit Deutschland steht in London zur Diskussion. Die noch unerledigten letzten deutschen Forderungen werden in London beantwortet werden.

Nach einer Meldung der „Berliner Zeitung“ erklärte der französische Ministerpräsident, es sei zwischen Frankreich und England eine Einigung über die Volksabstimmung in Oberschlesien erzielt worden. Die Abstimmungsberechtigten, die nicht in Oberschlesien wohnen, werden nicht zur gleichen Zeit, wie die ständigen Bewohner der Provinz ihre Stimmen abgeben. Zwischen den beiden Wählorten soll ein Zwischenraum von mindestens 14 Tagen liegen. Die Wahl in Köln abstimmen zu lassen, sei fallen gelassen worden. An Berliner unterrichteter Stelle liegt über diese Einigung Englands und Frankreichs hinsichtlich der ober-schlesischen Abstimmung noch keine Nachricht vor. Es kann aber dem genannten Blatte zufolge gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Regierung das Ergebnis dieser Einigung unter keinen Umständen annehmen oder anerkennen kann.

Französische Milliarden für Polen.

München, 1. Dezember. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ erfährt von unterrichteter Seite, daß Frankreich in das Unternehmen Wrangels nicht weniger als 10 Milliarden Goldmark gesteckt habe. Den Polen habe Frankreich bis jetzt 40 Milliarden Goldmark vorgeschossen. Die Polen verlangen nun aber einen weiteren Vorschuß von 20 Milliarden.

Eine russische Gegenregierung?

Berlin, 1. Dezember. (Eig. Meld.) Der „Tagesanzeiger“ meldet: Gestern fand in Paris im Gebäude der russischen Botschaft eine Zusammenkunft statt. Sie setzte sich aus alten Dumanmitgliedern aus Rußland zusammen, die sich gegenwärtig in Paris befinden. Der Zweck der Versammlung war ein Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen Parteien. Es scheint, daß wirklich beschlossen wurde, die Rückkehr Kerenski's nach Rußland zu erwirken und eine neue russische Regierung im Norden auszurufen.

Gegenläge.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten scheint kein solcher weltverlorener Träumer, wie sein Vorgänger zu sein, über den erst die Weltgeschichte das endgültige Urteil fällen wird, ob er guten oder schlechten Willens gewesen ist, als er den Wortbruch bezüglich seiner „Vierzehn Punkte“ beging. War er schwach oder hatte er Deutschland „geblufft“? Darüber ist man sich weder bei uns, noch im Auslande klar geworden — in Amerika selbst war er erledigt, denn dort gilt nur der Mann der Tat, nimmermehr aber eine Persönlichkeit, die sich von anderen Staaten unterkriegen läßt. Diesen Gesichtspunkt scheint auch der neue Präsident Harding ganz besonders ins Auge zu fassen. In Baltimore betonte er mit Nachdruck, daß er trotz Völkerverbund und Gleichberechtigungsprinzipien unter allen Umständen an der Monroe-Doktrin, also an dem Grundsatz „Amerika den Amerikanern!“ festhalte. Das war ein deutlicher Wink für diejenigen Staaten, die in Amerika Kolonien besitzen. Ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Kanada ist den Amerikanern als englischer Besitz längst ein Dorn im Auge. Das weiß selbstverständlich England auch und diese Erkenntnis dürfte am allermeisten zum Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses beigetragen haben. Höchst unvorsichtigerweise hat vor etwa 6-7 Monaten in einem englischen Klub in Kanada ein hoher englischer Würdenträger verraten, daß ein Fünftel der gesamten Kohlen- und Erporate der Welt an der Küste Kanadas dicht nebeneinander in Schichten der Erde liegt und daß daher England in der Lage sei, jeden Wettbewerb auf diesem Gebiete aus dem Felde zu schlagen. Die etwas prächtlichen Äußerungen verknüpften jenseits der kanadischen Grenzlinie. Solche Reden hält man besser nicht zum Fenster hinaus und es wäre daher Horst geneten, wenn die englische Presse den Vorfall, der in allen amerikanischen Fachblättern eingehend erörtert wurde, verschwiegen hätte.

Aber auch Homer schläft zuweilen! Bei den Engländern sind derartige Unvorsichtigkeiten sehr selten, aber sie kommen, wie der vorliegende Fall zeigt, doch auch vor. Man darf darauf gespannt sein, was Harding der Welt für Überraschungen bringen wird. Bezeichnender Weise ist er vor der Wahl in der Öffentlichkeit weit weniger hervorgetreten als jetzt. Bei Wilson war es ganz anders. Er reiste vor seiner Wiederwahl in ganz Amerika herum und versicherte seine Friedensliebe überall. Wie er sein Versprechen hielt, ist bekannt. Harding scheint aus ganz anderem Holz geschnitten zu sein. Er macht durchaus den Eindruck eines Mannes der Tat und diejenigen Leute in Amerika, die ihn für eine nicht allzu bedeutende Persönlichkeit gehalten haben vor seiner Wahl, scheinen sich gründlich getäuscht zu haben in ihm.

Er macht ganz den Eindruck als ob er den anderen Mitgliedern der Entente keineswegs freie Hand zu lassen beabsichtige. Das beweist sein entschlossenes Auftreten in der Note an die britische Regierung, in der er ihr klar macht, daß er keineswegs gewonnen sei, England und Frankreich die alleinige Ausbeutung der großen Gebiete zu gestatten, die den Feinden im Weltkrieg abgenommen worden sind. Aufmerksam sieht die britische Regierung der Note ruhig gegenüber, das beweist das nötige Gleichgewicht der britischen Presse, die

die Note ohne jegliche Bemerkungen veröffentlicht. Bei der musterhaften Disziplin der englischen Presse, die in allen auswärtigen Fragen Bindungsband der Weltung in der Regierung ist, gibt diese Tatsache zu denken. Ausweisend ist die englische Regierung so klug, die Note zum Gegenstand vertraulicher Verhandlungen mit Amerika zu machen und läßt sich aus diesem Grunde ihre Kritik nicht durch die Presse hören.

Die Anwendung der Monroe-Doktrin durch den neuen amerikanischen Präsidenten beweist, daß er sie als Druckmittel verwendet gegenüber England. Ob Harding sich mehr als sein Vorgänger in die europäischen Angelegenheiten mengen wird, als Wilson, der sich am Ende seiner Präsidentschaft von Europa völlig zurückgezogen hat, muß die Zukunft lehren. Für die Behandlung der ober-schlesischen Frage ist die Haltung Hardings von allergrößter Wichtigkeit. Wenn nicht alles trägt, scheint er nicht gesonnen zu sein, mit beschränkter Armeen zuzusehen. Wenn man auch vorläufig daran keine Hoffnungen knüpfen darf, so bedeutet das entschiedene Auftreten Hardings immerhin einen Richtschimmer gerade in der jetzigen Zeit, in der Frankreich zum mindesten den Versuch machen, Polen auch in dieser Frage beizuspringen. Dazu hat es ja auch wirtschaftlich alle Ursache, denn 40 Milliarden sind kein Pappenstiel und soviel soll Frankreich bereits Polen vorgeschossen haben. Wie eine heutige Meldung besagt, verlangt Polen noch weitere 20 Milliarden von Frankreich. Es wird sehr wesentlich von der weiteren Gestaltung der ober-schlesischen Frage abhängen, ob Frankreich sich auch zu dieser Spende an Polen bereitfinden wird.

Die Stärke der Besatzung — eine militärische Frage.

Genf, 1. Dezember. (Eig. Meld.) Pariser Blätter von gestern berichten aus London, daß auch die Stärke der Besatzungsarmeen in Deutschland zur Erörterung gestanden habe. Das „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß im Gegensatz zu der ablehnenden Haltung Lloyd Georges zu Frankreichs Vorschlägen in der ober-schlesischen Abstimmungsfrage die Zustimmung des englischen Premierministers zu den französischen Vorschlägen erfolgt sei, die Entscheidung über die Stärke der Besatzungsarmee für alle Zeiten den militärischen Instanzen zu überlassen.

München, 1. Dezember. (Eig. Meld.) Ans wird mitgeteilt, daß das bei dem Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin aufgetauchte Gerücht von einem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet aus ungläubwürdiger Quelle stamme und daß es in keiner Verbindung mit den Londoner und Pariser Entscheidungen stehe.

Frankreich duldet die bayerische Einwohnerwehr.

Genf, 1. Dezember. (Eig. Meldung.) Das „Echo de Paris“ meldet, daß Frankreich nach

den Erklärungen und Zusicherungen der bayerischen Regierung geneigt sei, seinen Widerstand gegen das Fortbestehen der Einwohnerwehren in Bayern fallen zu lassen. An der Zustimmung der Alliierten sei nicht zu zweifeln.

München, 1. Dezember. (Eig. Meld.) Der in München weilende Chef der britischen Militärmission in Berlin, General Malcolm, hatte den Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, Escherich, auch den Führer der bayerischen Reichswehr, den Landtagsabgeordneten Erhard Auer zu sich in das Reginalhotel eingeladen, um sich in der Frage der Einwohnerwehren auch über den Standpunkt der sozialistischen Arbeiterschaft zu orientieren. Ueber den Inhalt und den Verlauf der Verhandlung wird von Auer keinerlei Mitteilung in die Öffentlichkeit gegeben; er soll bei der letzten parlamentarischen Aussprache formuliert werden. Dieser Standpunkt ist nicht grundsätzlich ablehnend.

Laut „Dol. Anz.“ sind gleichzeitig mit dem Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen das Fortbestehen einer Polizeifreiwilligen Formation im ganzen Reich ähnliche Aktionen im Gange. So wurden bei der Selbstschuttsorganisation in Westerbürg, beim Jungdeutschorden in Hefen und anderen Vereinigungen Hausdurchsuchungen abgehalten. Dem Blatte zufolge hat man das Vorhandensein von Waffen nicht feststellen können.

Der „Tag“ schreibt: Die aufsehenerregende Mitteilung des Polizeipräsidenten über angebliche militärische Geheimverbindungen können wir noch durch folgende Einzelheiten ergänzen:

Die Vereinnahmung der Angehörigen des früheren Zeitfreiwilligen-Regiments in Ludwigsburg auf Wunsch der Zeitfreiwilligen und auf Grund ihres Zusammengehörigkeitsgefühls. Dagegen wurde Geheimfraktioner nicht betriebe. Im Gegenteil wiederholten die Mitglieder wiederholt, sich im Notfall zur Verfügung stellen zu wollen. Wörtlich bringt die Polizei ein, durchsucht eine größere Anzahl von Wohnungen und verhaftete vorerst den Hauptmann Vogelmann und 31 seiner Freunde. Nach einem Verhör im Berliner Polizeipräsidenten wurden abends sämtliche 32 Personen wieder frei gelassen. Nach einigen Stunden bestellte die Polizei den Hauptmann Vogelmann nach dem Polizeipräsidenten. Er hatte inzwischen einem Rechtsanwalt seine fortgesetzte Belästigung und Ueberwachung durch die Polizei mitgeteilt und erklärte, er werde bis zur Klärung der Angelegenheit aus Berlin weggehen. Der Vertreter des Hauptmanns legte beim Polizeipräsidenten Beschwerde ein wegen der Belästigung seines Mandanten und verlangte eine offene Erklärung dessen, was gegen den Hauptmann vorliege und den Entlass eines Sachverständigen. Dies geschah, wurde der Hauptmann nicht zurückgeführt, steht aber jederzeit den ordentlichen Gerichten zur Verfügung. Bisher ist aber ein Sachbescheid nicht erfolgt.

Die Trümmer der Wrangelschen Armee.

Basel, 1. Dezember. (Eig. Meldung.) Die Wasser Nachrichten melden aus Mailand: Im Hafen von Cattaro sind 4000 Soldaten der Armee Wrangels eingetroffen. Weitere 10000 Soldaten Wrangels sollen folgen. General Wrangel hat der französischen Regierung mitgeteilt, er sei bereit, nach Paris zu kommen, um mit den Alliierten über den Wiederaufbau seiner Armee zu beraten. Die Armee umfaßt 70000 Mann. Die gleiche Zahl ist auch in Paris bekannt. Die Truppen sollen im Frühjahr eine neue Aktion gegen Sowjetrußland unternehmen.

Zeit Pariser“ meldet aus Marseille: Von Marseille werden zwei große Passagierdampfer nach Konstantinopel abgehen, um zwei Detachements der Armee Wrangels und die Einwohner der Krin abzuholen, die vorläufig in Algier und Tunis untergebracht werden sollen.

Polnischer Protest gegen die Verletzung des Waffenstillstandsvertrages

Warschau, 1. Dezember. (Eig. Meld.) Der Außenminister erhielt einen Funkpruch der polnischen Friedensdelegation in Riga. Es wurde mitgeteilt, daß die Delegation energisch gegen die Verletzung des Waffenstillstandsvertrages durch die Bolschewisten protestiert habe. Es werde die unverzügliche Zurücknahme der Truppen aus der neutralen Zone in der Gegend von Miroslaw gefordert.

Rotterdam, 1. Dezember. (Eigene Meld.) Die „Times“ melden aus Riga: Die Russen haben die Beratungen auf der Grundlage der neuen polnischen Vorschläge wieder abgelehnt. Die Verhandlungen sind aber nicht abgebrochen. Die Russen lehnen ferner die verlangte Zurücknahme der neuen Einberufungen ab, da sie nicht gegen Polen gerichtet seien.

London, 30. November. Neuer. Die letzten Telegramme aus Riga besagen, daß die Verhandlungen zwischen Polen und der Räteregierung einen keineswegs guten Fortgang nehmen. Die Sowjetregierung hat an die polnische Regierung eine neue Note gerichtet, in der sie Polen Bruch des Waffenstillstands vorwirft. Dies wird als ein Beschleppungsmanöver angesehen.

Litauisch-polnischer Waffenstillstand

Der Waffenstillstandsvertrag ist am 27. November in Romno unterzeichnet worden. Somit sind die Feindseligkeiten zwischen der litauischen Armee und der Armee des Generals Zeligowski am 30. November eingestellt, die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden sofort nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes der Kontrollkommission übergeben. Zwischen den beiderseitigen Armeen wird eine neutrale Zone festgesetzt, die polnische Regierung gibt offiziell Garantien, daß General Zeligowski den Waffenstillstand einhalten werde. Die litauische Regierung hat der Kontrollkommission die schriftliche Erklärung überreicht, daß sie den Waffen-

stillstand zur Beschleunigung der Befreiung des von der Zeligowski-Armee besetzten Gebietes unterzeichnet habe. Sie ersuchte die Kontrollkommission in diesem Sinne beim Völkerbundsrat vorstellig zu werden.

Goldsmuggel nach Sowjetrußland. In der Gegend von Rodanosow haben polnische Patrouillen eine Schmugglerbande aufgegriffen, die Gold, das in 12 Wägen verpackt war, über die Waffenstillstandslinie nach Sowjetrußland schaffen wollte. Wie polnische, maßgebende Stellen erklären, wird der Wert des Goldes auf mehrere 100 Millionen polnische Mark geschätzt.

Der Pariser Vertreter der „Bisler Nachrichten“ meldet: Alles lautet darauf hin, daß sich die französische Außenpolitik der englischen und italienischen zu nähern beginnt. Die Unterfertigung der Güter der Sowjets sei für Frankreich doch ein zu teures Experiment.

Unsere Kohlenlieferungen im November.

Genf, 1. Dezember. (Eig. Meldung.) Das „Journal“ meldet aus Paris: Es ist richtig, daß 300 000 oder 400 000 Tonnen Kohlen im letzten Monat auf dem Wasserwege nicht transportiert werden konnten, aber wir haben sofort Maßnahmen getroffen, um diese Kohlen durch die Eisenbahn befördern zu lassen. Jedenfalls sind im November die nach den Abmachungen von Spaay liefernden Kohlen pünktlich eingegangen.

3 U. S. P.-Minister in Sachsen.

Dresden, 1. Dezember. (Eigene Meldung.) Alle Instanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben gemeinschaftlich mit der neugewählten Landtagsfraktion nach längerer Aussprache beschlossen, mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen zu treten zwecks Bildung der Regierung in Sachsen. Man spricht davon, daß die Unabhängigen von den Ministerseßeln 3 für sich in Anspruch nehmen. Der Landesauschuss der Sozialdemokratischen Partei tagt in Dresden. Der Ausschuss stellt sich einmütig auf den Standpunkt, daß für die deutsche sozialdemokratische Partei für den Augenblick kein Anlaß vorliege, in der Frage der Regierung Beschlüsse zu veranlassen.

Anreizung zum Klassenhaß.

München, 1. Dezember. (Eigene Meldung.) Die „Münchener Zeitung“ meldet: Der Bruder des bayerischen Reichstagsabgeordneten Kemele, der linksradikale Reichstagsabgeordnete Hermann Kemele, der gestern abend in einer kommunistischen Versammlung im Münchener Kollteller sprach, wurde in der Nacht von der Polizei aus dem Bett geholt und wegen Anreizung zum Klassenhaß verhaftet. Kemele hatte angekündigt, daß die Erhebung dieses Mal von Südböhmen ausgehen würde. Die nötigen Waffen wurden die letzten Mägen, die heute bewaffnet seien.

Wie der „Vorwärts“ erfährt hat sofort nach Empfang der Nachricht über die Verhaftung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Kemele in München, wegen Anreizung zum Klassenhaß, der Reichstagspräsident Wobeser sich an den Reichstanzler und an die zuständigen Reichsämtern gewandt, um die Gründe der Verhaftung zu erfahren und die Freilassung zu erwirken. Wie das Blatt weiter mitteilt, dürfte heute ein beschleunigter Antrag auf Aufhebung der Haft im Reichstags zur Verhandlung kommen.

Schließung Berliner Hotels.

Berlin, 1. Dezember. Der Polizeipräsident von Berlin veröffentlicht im Reichsanzeiger eine Verfügung, wonach der Hotelbetrieb u. S. in Berlin der Polizei mit Gegenständen des täglichen Bedarfs wegen der Unzuverlässigkeit untersagt wird. Dadurch wird das Hotel Bristol, das Centralhotel, das Kaffee und Spielbauer, das Weinrestaurant und Kaffee Kranzler, das Wintergarten-Restaurant, die Restaurationsbetriebe des Reichstages, die des Zoologischen Gartens und viele andere schließen müssen.

Note Miswirtschaft in Oesterreich.

Wien, 1. Dezember. (Eig. Meldung.) Die neue bürgerliche Regierung stellte in einer Anzahl Staatsbetriebe und in den Ministerien für die Volkswirtschaft und das Innere Milliardenabgänge fest, die der früheren sozialdemokratischen Regierung zur Last gelegt werden. Aus dem Ministerium für die Wehrmacht mußten allein 18 Beamte wegen absoluter Missteuern entfernt werden. Einer war nicht einmal der deutschen Sprache mächtig.

Frankreich und der Vatikan.

Paris, 1. Dezember. In der gestrigen Kammer Sitzung bei der Beratung über das Gesetz betr. die Wiederannäherung der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan trat der Berichterstatter des Gesetzes, Abg. Kelrat für die Annahme der Vorlage ein und erklärte, er beurteile den Katholizismus nicht nach dem Papste, sondern nach der katholischen Kultur, er sei der Ansicht, daß Frankreich nichts vernachlässigen dürfe, um den Frieden zu gewinnen.

Namens der Chasser und Lohringer gab alsdann der Abg. Oberkirchner eine Erklärung ab, um die Annahme der Vorlage zu begründen. Der Ministerpräsident erklärte, Frankreich und Rom blieben getrennte Mächte. Die republikanischen Gesetze und Institutionen bildeten nicht den Gegenstand irgend einer Verhandlung. Die Schweiz habe nach dem Kriege sich in Rom vertreten lassen. Deutschland habe viele Jahre hindurch seine ganze Politik auf das Zentrum gestützt, das 25 Millionen Katholiken zählte. Der Ministerpräsident begründete das Weiter-n die Note n die Freiheit, daß das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Fühlung mit dem Vatikan trete. Die Sitzung dauerte an.

Eine englische Stimme über Oberschlesien.

Die große liberale Zeitung „The Manchester Guardian“, die schon während des Krieges durch ihre besonnenen, dem Chauvinismus abholden Haltung vielfach auffiel, bringt heute aus der Feder ihres deutschen Spezialkorrespondenten einen bemerkenswerten Aufsatz über Oberschlesien. Der Verfasser gibt sich augenscheinlich alle Mühe, sich auf einen rein objektiven Standpunkt zu stellen, die Verhältnisse nicht durch die von Deutschlandtrübsinn getriebene Wut zu sehen, sondern die Sachlage so zu schildern, wie sie tatsächlich ist. Der Artikel ist darum um so wertvoller, als der Engländer zu Schlüssen gelangt, die dem deutschen Standpunkt zum mindesten sehr nahe kommen, wenn nicht ganz entsprechen.

Ausgehend von dem soeben veröffentlichten deutschen Selbstbuch über die aggressiven Pläne der polnischgefeindeten Oberschlesier und ihrer Helferzähler jenseits der Grenze konstatiert der Verfasser, daß die gegen die Polen erhobenen allgemeinen Beschuldigungen nur zu begründet seien. „Einige der Dokumente“, meint er, „mögen gefälscht sein, aber viele sind sicher echt. Die bewaffneten Banden der Oberschlesier wurden moralisch und materiell von Warschau aus unterstützt. Sie begingen auch Greuelthaten.“

Oberschlesien ist ein Schlachtfeld. Der Kampf spielt sich meistens ab zwischen zwei Armeen von Spionen, Agenten und Agitatoren. Gelegentlich wird auch Gebrauch gemacht von Gewalttaten und Terrorisierung. Ständig werden Waffen von deutschen Waffen entdeckt. Schwieriger ist es, polnische Waffen zu entdecken, denn die meisten werden wahrscheinlich in Polen nahe an der Grenze aufbewahrt.“

Die obereschlesische Presse wird von dem Engländer nicht eben hoch eingeschätzt. „Es ist kein Zweifel“, sagt er, „daß viele Zeitungen bereit sind, sich dem Weißwäscchen zu verkaufen. In Oberschlesien kann man niemals sicher sein, ob ein Beamter oder Journalist nicht von den Deutschen oder Polen gekauft ist.“

Viel Blut ist bereits geflossen und mit Terror wird auf beiden Seiten gearbeitet. Augenblicklich sind die Polen die erfolgreichsten Terroristen. Tausende von bewaffneten Banden, die im Lufstand kämpften, suchen noch immer die ländlichen Gebiete heim. Es ist gefährlich für einen Deutschen, eine große Stadt zur Nachtzeit zu verlassen. Die Gerichtsbehörden können aus Furcht vor Repressalien gegen Richter und Justizbeamte nicht energisch durchgreifen. Leute werden auf der Landstraße ermordet, Dörfer sind geplündert und vollständig niedergebrannt worden, aber niemand kann sagen, was ein ursprünglicher Gewalttäter oder eine gewalttätige Wiedervergeltung ist.

Dieser politische Krieg wird geführt um die Stimme der obereschlesischen Massen, harmloser (primitiver), aber gläubiger, leicht erregbarer und in hohem Grade unwillkürlicher Massen. Sie sollen die Staatszugehörigkeit eines der größten Industrie- und Kohlengebiete der Welt bestreiten, sie sollen in einem Herdennest voll schauerhafter Kriegen, in einer Jauchegrube voll gemeiner Korruption, in einer wahren Höhle von brutalem

Terror zwischen Wahrheit und Falschheit unterscheiden. Nur infolge eines außerordentlich glücklichen, aber unwahrscheinlichen Zufalls wird es möglich sein, daß das Ergebnis der Abstimmung einigermaßen mit dem wirklichen Interesse der Oberschlesier übereinstimmt.

Polen hat überhaupt kein Recht auf die Provinz. Und doch hat auch Deutschland oder besser Preußen — durch seine vom Verfasser näher geschilderte Politik in Oberschlesien — alles Anrecht auf die Provinz bewirkt. Wäre Oberschlesien in den letzten Jahrzehnten gerecht behandelt worden, so hätte es niemals eine obereschlesische Frage gegeben und die Abstimmung würde für Deutschland so günstig ausgefallen sein wie in Ostpreußen. Aber die Provinz wurde nie gerecht behandelt und die Abstimmung hat Polen Gelegenheit gegeben, diese ungerechte Behandlung auszubehaupten. Nicht so sehr Liebe zu Polen als der Haß gegen Preußen kommt den Polen so sehr zu statten.

Es ist sicher, daß die Oberschlesier unter polnischer Herrschaft schlechter daran sein werden, als sie es unter der deutschen Herrschaft waren. Aber die obereschlesischen Massen sind zu unaufergänglich, um dies zu begreifen. Sie lassen sich nur von dem, was sie unmittelbar bedrückt, leiten.

Daß der Verlust Oberschlesiens für Deutschland ein gewaltiger Schlag, und für Polen kein besonderer Gewinn sein wird, ist gleichfalls sicher. Aber wenn das größte Unrecht von Deutschland geschehen ist, dadurch, daß es sich ein ganzes Volk entfremdete und es verbitterte, so geschah das zweite große Unrecht in Versailles, als die Volksabstimmung zugelassen wurde. Denn diese Volksabstimmung hat ein einfaches, unaufgeklärtes Volk unverantwortlichen Agitatoren ausgeliefert, die an Korruption und Provokation leisten, was sie nur können.

Politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Union mit Deutschland ist das einzige, was allmählich das geschehene Unrecht wieder gutmachen kann. Wenn die Abstimmung eine Änderung bringt, so kann diese Veränderung nur zum Schlechteren sein.“

Der Engländer will wissen, daß es sicher vor kurzem in Katowitz gewesen sei und daß die Deutschen genau so bewaffnet und gerüstet seien, wie die Polen. Ueber die nächste Zukunft Oberschlesiens urteilt er sehr pessimistisch. „Die Abstimmung“, sagt er, „wird kommen, obwohl sie besser nicht kommen sollte; aber bevor sie kommt, kann es leicht geschehen, daß die interalliierte Kommission mit ihren französischen und italienischen Truppen nichtachtend beiseite geschoben wird und die bewaffneten Streitkräfte von Korfanty und Eschirich mit schweren Verlusten kämpfen werden. Und es kann möglicherweise eben so schwer sein, diesen Krieg zu lokalisieren, wie es schwer war, den österreichisch-serbischen Konflikt im Jahre 1914 zu lokalisieren.“

Hoffen wir, daß der Engländer, der sonst zweifellos eine gute Beobachtungsgabe zeigt, zum Schluß hier zu schwarz sieht.

unser Antrag nicht angenommen wird. Damit trotzdem ein anderer Vergleich und zwar auf Grund des Schiedsgerichtlichen Gutachtens, dann aber ist es aus mit dem Milliardenvermögen der Hohenzollern.

Zunach wurde zunächst die Verfassungsberatung ohne wesentliche Veränderung der Vorlage zu Ende geführt. Vor der Schlußabstimmung nahm das Haus die Beratung über den sozialdemokratischen Entwürfsantrag wieder auf. Zunächst sprach sichlich in großer Erregung, der

Abg. Dr. Kaufmann (D. Natl.), der den Antrag als Versuch eines ungeheuerlichen Mißbrauches zu kennzeichnen suchte. Die Reichstagsabstimmung begleitete seine Ausführungen mit anhaltenden Parolentwürfen. Als der Redner schließlich den Finanzminister kritisierte, läßen die Sozialdemokraten ihn nicht mehr weiter reden. (Andauernde Glockenzeichen des Vizepräsidenten Dr. Frenzel. Schlußruf des Sozialdemokraten, Unterstützungsbewegungen der Rechten vereinigten sich zu einem überaus großen Lärm. Ein Teil der Abgeordneten der Linken drang zum Angriff auf die Rednertribüne vor, ein gleichzeitiger Teil der Rechten sammelte sich zur Verteidigung. Schille riefen, ein Linksunabhängiger warf Papierballen. Dr. Kaufmann verjagte sich den Steintopfen verständiglich zu machen, diese gaben durch Gellen zu verstehen, daß sie nichts hören können.

Nach längerer Zeit ungeheuerlichen Lärm schloß Vizepräsident Dr. Frenzel die Sitzung. Diese wurde erst nach einer Viertelstunde wieder eröffnet. Der Vizepräsident stellt fest, daß die Ausführungen des Abg. Dr. Kaufmann zwar nicht geschmackvoll gewesen seien, aber auch keine Beleidigung des Finanzministers enthalten halten, die zu einem Ordnungsrufe berechtigten. Unter gemäßigtem Lärm brachte dann Dr. Kaufmann seine Rede zu Ende und lehnte den Antrag der Sozialdemokraten ab.

Abg. Dominikus (Zem.) gab dann ebenfalls eine Erklärung seiner Fraktion gegen den Antrag ab, der den sozialistischen Finanzminister Dr. Eitelmann diskavouiert. Abg. Adolf Hoffmann (U.S.P.) fordert die Entgegnung mit Rücksicht auf das Kinderelend. Abg. Dr. v. Richter (D. Volksp.) erklärt den Antrag aus Agitationsbedürfnissen entstanden. Abg. Ludwig (U.S.P.) stellt sein volles Einverständnis mit den Reichstagssozialdemokraten und den Linksunabhängigen fest.

Vor der Schlußabstimmung erklärte Abg. Dr. Eitelmann (D. Volksp.), daß seine Partei trotz schwersten Bedenkens der Verfassung zustimmen werde, wenn die Möglichkeit der gemeinsamen Arbeitskräfte zu Nutzen Deutschlands und Preußens dadurch gegeben sei. Abg. Adolf Hoffmann (U.S.P.) erklärt, daß seine Fraktion (Zurück ist ja keine Einkommenssteuer) der Verfassung nicht zustimmen werde. Wegen der Bestimmungen über den Staatsrat gibt Abg. von Darnenberg die Erklärung ab, daß die Hannoveraner froh sind, Deutsche zu sein, daß sie aber froh sind, Hannoveraner zu sein und weiterhin darauf arbeiten Hannover Selbständigkeit zu geben. Die Schlußabstimmung ergab ihre Annahme mit 280 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmenthaltung. Das Haus nahm das Ergebnis mit stürmischem Beifall auf.

Vizepräsident Eitelmann spricht die Fassung aus, daß die beschlossene Verfassung dem gesamten deutschen Volke zum Ergo gereichen werde. (Stürmischer Beifall.) Die wiederholte Abstimmung über das Reichsgesetz, wegen der das Haus schon zweimal beschlußfähig war, ergab nunmehr die Annahme des Gesetzes mit 198 gegen 137 Stimmen.

Berlin, 1. Dezember. Das bemerkenswerteste Ergebnis der gestrigen Verhandlungen in der Landesversammlung war die Haltung der Deutschen Volkspartei, die gemäß einer Erklärung ihres Fraktionsredners für die Verfassung und damit auch zum erstenmal für die Republik gestimmt hat. Das Autonomiegesetz für die Provinzen soll mit dem neuen Landtag zugehen.

Einiges über die Rentabilität des Steinkohlenbergbaus.

Von Dr. Albert Steindorff, Berlin-Steglitz.

Als eine der Hauptbegründungen der Forderung nach Sozialisierung wird in der Regel angeführt, daß es im Interesse der breitesten Volksschichten liege, die „Riesen“-Gewinne des Steinkohlenbergbaus der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen. Es dürfte daher für manche, der nicht so achtlos wie die meisten der intellektuellen Bevölkerungsschichten an den brennendsten öffentlichen Fragen des Tages vorübergeht, sehr wünschenswert sein, etwas über die Rentabilität im Steinkohlenbergbau zu erfahren. Von vornherein muß aber bemerkt werden, daß einer solchen Betrachtung lediglich die reinen Kohlenbergbau-Aktiengesellschaften zugänglich sind, da die Bilanzen der Familiengehenden, Gewerkschaften, staatlichen Werke und auch der Werke, die sich nicht allein mit Steinkohlengewinnung befassen, infolge deren Geschäftsgeheimnisse in diesem Falle nicht veröffentlicht werden können. Die ersten gelangen überhaupt nicht an die Öffentlichkeit, und bei den übrigen läßt sich der Gewinn aus dem Steinkohlenbergbau nicht deutlich erkennen. Naturgemäß kann es sich hier auch nicht darum handeln, die Gewinne einzelner Gesellschaften gegenüberzustellen. Selbstverständlich gibt es Gruben, die relativ hohe Rentabilität erzielen, wenigstens von Riesengewinnen kaum dabei die Rede sein dürfte; aber es liegt am einmal im Wesen der Natur, daß an einem Orte die Kohle ergiebiger und leichter gefördert werden kann als an manchen anderen Stellen desselben Gebietes. Wollen wir die Rentabilität eines ganzen Industriezweiges untersuchen, so müssen wir uns an Durchschnittsergebnisse halten, welche die Reichsstatistik für eine ganze Reihe von Jahren liefert.

Es darf nicht übersehen werden, daß sich die Prozentangabe der Dividende bei Aktiengesellschaften stets auf das Nominalkapital bezieht, welches durchaus nicht dem vorhandenen Unternehmungskapital zu identifizieren ist. Wenn z. B. eine Aktiengesellschaft mit einem Gründungskapital von 10 Millionen Mark, die für eine Reihe von Jahren eine Dividende von 12 Prozent ausgeschüttet hat, zur Verdoppelung

ihres Aktienkapitals schreitet, ist sie meist imstande, infolge ihrer bisherigen guten Rentabilität ihre neuen Aktien zu 200 Prozent auszugeben. Das Nominalkapital beträgt dann 20 Millionen Mark, während in dem Unternehmen in Wirklichkeit 30 Millionen Mark angelegt sind. Die Differenz von 10 Millionen Mark wird den Aktionären zugewandt. Bei einer weiteren Dividende von 12 Prozent ergibt sich als tatsächliche Verzinsung des Anlagekapitals von 30 Millionen Mark nur der Satz von 8 Prozent. Es muß also zwischen einer nominalen und einer tatsächlichen Verzinsung unterschieden werden. Die Unterschiede zwischen diesen Zinssätzen werden stets umso größer sein, je älter die Gesellschaft ist, da jede Gesellschaft zum Zwecke der eigenen Stabilisierung bestrebt sein muß, im Laufe der Zeit möglichst große Reserven anzuhäufen, was wiederum im Interesse einer gewissen Stabilisierung des gesamten Warenmarktes und der Volkswirtschaft liegt. Bei den Aktiengesellschaften des deutschen Steinkohlenbergbaus handelt es sich nun meist um sehr alte Gesellschaften, und wenn wir deren Jahresmehrgewinn von 9,60 Prozent des Unternehmungskapitals im Durchschnitt der Jahre 1907/08 bis 1917/18 dem der Aktiengesellschaften jenseits der Grenze vergleichen, so ergibt sich gegenüberstellen, so läßt sich ohne weiteres daraus entnehmen, daß die Rentabilität des Steinkohlenbergbaus durchaus nicht so außerordentlich hoch ist, wie vielfach behauptet wird. Die entsprechenden Jahresmehrgewinne in Prozenten des Unternehmungskapitals in der Tabakindustrie mit 16,23 in der chemischen Industrie mit 15,26, im Seidengewerbe mit 14,34, im Versicherungsunternehmungen mit 13,92, im Bekleidungs- und Textilgewerbe mit 11,21 und in der Glasfabrikation mit 10,77 Prozent zeigen, daß der Steinkohlenbergbau mit 9,60 Prozent bei weitem nicht zu den rentabelsten Unternehmungen gehört.

Bei anderen industriellen Unternehmungen und auch selbst bei Versicherungsgesellschaften nimmt der Aktionär noch lange nicht ein solch großes Risiko auf sich wie gerade im Steinkohlenbergbau. Schlagende Beweise, Zusammenstürzen und Ersaufen von Gruben sind keine allzu große Seltenheiten. Nicht immer ist es möglich, die verunglückte Grube wieder betriebsfähig zu machen, was stets mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Häufig gehen auch viele Millionen für alle Zeiten verloren, wenn es nicht gelingt, die Grube wieder instandzusetzen, wie das z. B. beim Ersaufen der Grube Maximilian der Fall war. Es gibt in der Tat wenig Industriebetriebe, die solch erhöhte Risiken wie der Steinkohlenbergbau aufweisen. Mag selbst schon eine Mutung, d. h. die Feststellung eines selbständigen Kohlenlagers vorliegen, so ist noch lange nicht damit gesagt, daß auf dieser Grundlage die zum Betrieb eines Bergwerkes gegründete Gesellschaft eine sichere und gute Kapitalanlage bietet. Es sei nur daran erinnert, daß von den 750 Bergwerken in Deutschland etwa 250 bis 300 mit geringem Gewinn oder überhaupt ertragslos arbeiten. Abgesehen davon dauert es an und für sich nach Beginn der Abteufung Jahre, oft sogar Jahrzehnte, bis zur ersten Ausbeute oder Vertiefung von Dividende und während dieser Zeit muß immer mehr Kapital in das Werk hineingesteckt werden, ohne daß vorerst ein Verzichtungsgedacht werden kann. Beträgt dann glücklich die tatsächliche Dividende nach einer Reihe von Jahren der Förderung auch mehr als der oben angeführte Durchschnitt von 9,6 Prozent, so ist dies oft noch nicht einmal eine normale Verzinsung des Anlagekapitals, welche es in einem anderen Unternehmen in dieser Zeit hätte erzielen können. Unter Berücksichtigung dieser Umstände dürften selbst die besten unserer Bergwerksgesellschaften kaum viel mehr als durchschnittlich 6-8 Prozent Ertrag bringen. Man kann auch nicht behaupten, daß der in den einzelnen Jahren erzielbare Gewinn auf die Dauer durch Schaffung eher und stiller Rücklagen, sowie durch hohe Abschreibungen künstlich heraufgedrückt worden wäre; denn in diesem Falle müßte die Ausbeute erheblich in die Höhe geschneit sein. Die Statistik gibt aber für die letzten 10 Jahre an 1 Tonne Förderung im Ruhrbergbau eine durchschnittliche Ausbeute von 1,20 Mark, was gegenwärtig den Gewinnaufschlägen bei anderen Waren wirklich als bezügl. wenig bezeichnet werden muß. Man denke nur daran, mit welchen Gewinnaufschlägen heute zum Teil die notwendigsten Lebensmittel zugunsten der Produzenten und auf Kosten der Allgemeinheit befaßt sind.

Kurzum, es ist eine bewusste oder unbewusste Fälschung, wenn man von „Riesen“-Gewinnen im Steinkohlenbergbau spricht und damit die in die wahren Verhältnisse nicht eingeweihten Volksmassen aufschreckt, diese Gewinne durch die Sozialisierung den Staatskassen zuzuführen zu lassen. Abgesehen von der oft nachgewiesenen Unfähigkeit des Staates, eine öffentliche Wirtschaft von Gütern auch nur annähernd rational zu gestalten, würden die Gewinne aus dem Kohlenbergbau nicht einmal ausreichen, die durch die Sozialisierung bedingten Mehrkosten des Unternehmens (Verwaltung, Organisation und nicht zuletzt das chronische Nachgeben gegenüber den ständig wachsenden Arbeiterforderungen) zu decken. Da die Sozialisierungskommission unserer verworrenen Zeit entsprechend fast ausschließlich aus Parteileuten und Theoretikern, aber nicht aus Sachverständigen zusammengesetzt wurde, muß sich jeder Staatsbürger, gleichviel ob Sozialist oder nicht, eingehend mit der Sozialisierungsfrage des Steinkohlenbergbaus befassen, und es sei zu diesem Zwecke auf die vorzügliche, sachliche Schrift des Bergbauvereins „Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus“ hingewiesen. Jeder, der sich anhand von statistischem Material mit dieser Frage beschäftigt, wird gar bald erkennen müssen, daß Sozialisierung nichts anderes bedeutet, als unsere deutsche Wirtschaft bei lebendigem Leibe sezieren.

Gefangenen-Austausch mit Rußland.
Berlin, 1. Dezember. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß seit Beginn des Gefangenen-austausches im Mai dieses Jahres insgesamt 92.084 Geiseln aus Rußland und Estland eingetroffen sind, darunter befinden sich 28.550 Reichsdeutsche. Die Zahl der aus Deutschland heimgeführten Russen beträgt 108.000.

Irland.

London, 30. November. Evening Standard meldet, daß die Sinnfeiner es nicht nur auf das Leben der Minister und ihrer Familien abgesehen hätten, sondern auch auf die Häuser der Familien der in England wohnenden Mitglieder der irischen Hülfsparlament, die in Irland Dienst tut.

Amsterdam, 30. November. Wie „Telegraaf“ aus London meldet, wurden die Maßnahmen zum Schutze des Parlamentsgebäudes, das von jetzt ab nur von Parlamentsmitgliedern und Journalisten betreten werden darf, noch Beratungen getroffen, an denen Lloyd George, Bonar Law, Churchill, Greenwood, Lord Curzon, der Generalkonsul für Irland und der Sprecher des Unterhauses teilnahmen. Während der gestrigen Unterhausung fanden sämtliche Tribünen mit Ausnahme der Pressetribüne leer. Das Parlamentsgebäude wird sowohl von innen wie auch von außen streng bewacht. Ansammlungen in der Nähe werden nicht zugelassen. Eine Anzahl junger Leute, die sich gestern nachmittags in der Nähe des Gebäudes versammelten, wurde durch Polizei auseinander getrieben und zerstreut. Alle Wohnungen der Minister und die Regierungsgebäude werden auf dieselbe Weise bewacht. In den abgelegenen Bezirken Londons patrouillieren Polizeitruppen. Die Reserve der freiwilligen Polizei ist bisher noch nicht für den außerordentlichen Ernst aufgerufen. Alle diese Maßnahmen erregen großes Aufsehen.

Paris, 1. Dezember. Nach einer Gasabmeldung aus Cort sind wegen der Ermordung von 15 Hülfsparlamenten in dem Bezirk Cort, Gefährte in Brand gesteckt worden.

Die englischen Bedingungen für Griechenland.

Paris, 1. Dezember. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in London meldet, daß man erst in einem Meinungsabtausch über die griechische Frage eintreten werde, die Engländer scheinen aber nur Garantien dafür erlangen zu wollen, daß die deutschfreundlichen Offiziere und Beamten entfernt würden und daß Griechenland sich verpflichte, nicht ohne Einwilligung der Schutzmächte irgend welche Verträge zu schließen und Abmachungen zu treffen. Außerdem vertrete man in England den Standpunkt, daß der Vertrag von Sevres nur im Einverständnis mit allen unterzeichneten Staaten geändert werden könne. Erst jetzt, wo der Friedensvertrag von Sevres zusammenbricht, weil Griechenland das ihm anvertraute Mandat nicht erfüllen könne, zeige man sich von

englischer Seite geneigt, ihn nach den Ereignissen abzuändern.

Athen, 30. November. Die Polizei hielt in einem Hause in Athen eine Durchsuchung ab und entdeckte dabei zufällig alle Archive der revolutionären Regierung Benizelos in Saloniki.

Athen, 30. November. (Agence Havas.) Der griechische Kreuzer Aleros, der sich in Konstantinopel befand, erhielt Befehl, nach dem Piräus zurückzukehren und sich dort bereitzuhalten, nach Vordritt zu fahren, um den König Konstantin nach der Volksabstimmung nach Griechenland zurückzuführen. Aleros wird von sämtlichen anderen Schiffen der griechischen Flotte begleitet werden.

Die Blockade und der Völkerbund.

Genf, 1. Dezember. (Eig. Meld.) Die Blockadekommission hat unter dem Vorsitz von Lord Robert Cecil eine wichtige Beschließung zur Frage der Verhängung der Blockade gefaßt. Der Beschluß lautet: Im Falle eines Bruches des Völkerbundespaktes, den der Rat mitteilt, ist es Pflicht jedes Staates, der Mitglied des Völkerbundes ist, alle diplomatischen Beziehungen zu dem dem Bruch schuldigen Staat abzubrechen. Nachdem dieser Beschluß mit Mehrheit angenommen war, hat der schwedische Delegierte, Baron Adelsward, in sehr lebhafter Weise ausinandergesetzt, daß durch die Ausführung dieses Beschlusses unter Umständen nicht nur der mit der Blockade bedrohte Staat, sondern auch andere, mit ihm in Verbindung stehende Staaten sehr schwer geschädigt werden könnten. Auf diese Ausführung hat die Kommission beschloffen, dem Rat den Wunsch zu unterbreiten, es möge bei der Ausführung der angenommenen Entschließung darauf Rücksicht genommen werden, daß die Interessen der durch die Blockade nicht betroffenen Länder nach Möglichkeit gewahrt werden.

Wärmjahren in der Landesversammlung.

Berlin, 30. November.
In der pressischen Landesversammlung kam es heute zu noch nicht dagewesenen Wärmjahren bei dem zur Beratung gestellten Antrag der Sozialdemokraten auf Einleitung der Forderungen durch Reichsgesetz. Abg. Sellmann (Reichstags.) hielt darüber eine zweistündige Rede mit dem Kerngehalt: Wenn

Abstimmungs-Lagebuch.

(Die Legitimationsarten.) Die Vorbereitung zur Einführung der Legitimationsarten sind im vollen Gange. Die zuständigen Polizeistellen arbeiten an der Ausfertigung von drei Listen, von denen die erste die in Oberschlesien Gebürtigen, die zweite die vor dem 31. Juli 1919 hier Wohnhaften und die dritte die nach diesem Termin Zugezogenen umfasst. Die Meldungen zu der letzteren Liste waren gestern abgelaufen, jedoch ist angesichts der Schwierigkeit der reiblosen Erfassung aller hierfür in Frage kommenden in Deutchen eine Verlängerung der Frist bei der Interalliierten Behörde beantragt worden. Eine Antwort hierauf war gestern noch nicht eingegangen. Ueber die Bestimmung der Verfügung zwecks Meldung aller nicht jähig seit dem 31. Juli 1919 in Oberschlesien Wohnhaften herrscht vielfach Unklarheit. Die Fassung ist dahin zu verstehen, daß alle Personen, die nicht in Oberschlesien geboren sind, und nach dem 31. Juli 1919 zugezogen sind, sich sofort auf den Polizeibüros zu melden haben. Ueber die Ausfertigung der Legitimationsarten für die Personen der letzten Liste steht bekanntlich die endgültige Entscheidung dem jeweiligen Kreis-Kontrollleur zu.

Warschau, 30. November. Polnische Telegramm-Agentur. Der Ministerrat fahte am 29. November über die Abstimmung in Oberschlesien in langandauernder Sitzung eine Reihe wichtiger Beschlüsse. Ministerpräsident Witos begab sich in der Angelegenheit der Abstimmung in Oberschlesien nach Krakau.

(Korfanth.) Der Berichterstatter der „Włocławek“ meldet aus Warschau: Das polnische Regierungsblatt „Narod“ veröffentlicht einen vernichtenden Artikel über die Tätigkeit der Abstimmungskommission. Korfanth's Arbeitskraft und sein Eifer werde zwar anerkannt, aber sein grenzenloser Ehrgeiz werde verwerflich für die polnischen Interessen. In seiner Umgebung dulde er keine Sachkenner und er habe sich einen Stab junger Snobs gebildet, die weder fachlich noch moralisch geeignet seien, die polnischen Wünsche zu fördern. Das Blatt verlangt ein Eingreifen der polnischen Regierung zur Kontrolle der wichtigsten Beschlüssen in Deutchen. Unterstützt wird dieses Verlangen von der polnischen Volkspartei und den Sozialisten.

(Drei Urkunden.) Der Komitent der Darmstädter Brüder in Bielewitz veröffentlicht nachfolgende Erklärung: Es ist uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß fast allen Gemeindevorstehern im Kreis Cöfel, von einer und derselben Hand in deutscher Sprache geschriebene Kopien zugesandt worden sind, mit der Bitte, im Namen der polnischen Mutter Gottes von Genuß und Geld zu sammeln und daselbe sofort nach Krakau zu senden, weil dort eine große Hungersnot ausgebrochen ist und dergl. Zu die Karten die Unterschrift „die Brüder aus Bielewitz“ tragen, so protestieren wir sehr energisch dagegen und erklären hiermit, daß wir der Sache vollständig fern stehen und der betreffende Kartenschreiber unsere Unterschrift nur mißbraucht.

(Drei Tage Abstimmung?) Nach einer Remhorfer Meldung des „United-Telegraph“ soll die Abstimmung in Oberschlesien über drei Tage verteilt werden, sodas jeden Tag eine bestimmte Kategorie von Stimmberechtigten abstimmen werde.

(Das Abstimmungsrecht im Verfall.) Aus Wien meldet P. T. B.: Eine von 700 Mitgliedern besuchte Versammlung der vereinigten Verbände leitender Oberlehrer fahte einstimmig nachfolgende Entschlüsse: Nach Vorlier Meldungen erklärte der französische Ministerpräsident am 24. November im Anschluß für auswärtige Angelegenheiten, daß die Frage, ob den außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesien das Stimmrecht verliehen werden könne, stützig sei und von der interalliierten Kommission entschieden werden solle. Der von den Signatarmächten und von Deutschland unterzeichnete Friedensvertrag von Versailles bestimmt in seinem Artikel 88 ausdrücklich und unzweideutig, daß jede im Abstimmungsgebiet geborene und am Tage der Abstimmung mindestens 20 Jahre alte Person stimmberechtigt sei. Die gleichen Bestimmungen haben in analogen Fällen in Schweden, Estland und Rumänien getroffen und sind in korrekter Weise eingehalten worden. Die Oberschlesier beanspruchen das gleiche durch den internationalen Friedensvertrag ihnen gewährte Recht.

(Falsches Gerücht.) In Deutchen hielt sich hartnäckig das Gerücht, Korfanth sei auf dem Rückwege von Oppeln ermordet worden. Daran ist nichts wahres.

Cotales.

Miechowiz und Umgegend.

An unsere geehrten Abonnenten! Infolge der jetzt sehr gestiegenen Herstellungskosten der Zeitung sowie der Preissteigerung für Papier sind wir gezwungen, um unsere Kosten zu decken, die Zeitung um 30 Pf. pro Monat zu erhöhen. Der Abonnementspreis beträgt ab 1. Dezember 2.— Mark. Wir bitten die geehrten Leser unserer Unternehmen zu unterstützen und versprechen in demselben Nachrichtenumfang weiter zu arbeiten. Der Verlag der Miechowitzer Zeitung.

(Gemeindevorstand.) Am Donnerstag, den 9. Dezember 1920, nachmittags 3.30 Uhr, findet eine Sitzung der Gemeindeverwaltung im Sitzungszimmer des Gemeindehauses Miechowiz statt. Tagesordnung: Vornahme der Wahlhandlung für die Wahl eines Schöffen an Stelle des ausscheidenden Schöffen Morawitz. (§§ 7b bezw. 39 ff. der L. G. O.)

(Wesentliche Mahnung wegen Zahlung rückständiger Reichseinkommensteuer.) Nachdem die Veranlagungsbenachrichtigungen über die vorläufige Reichseinkommensteuer für 1920 den Pflichtigen bereits zugegangen sind, ergeht hiermit die Aufforderung, die nach rückständige 1.

und 2. Rate der Reichseinkommensteuer bis spätestens den 8. Dezember d. J. in der Steuerkasse Miechowiz, Schloßstraße Nr. 3, während der Vormittagsstunden einzuzahlen, andernfalls die zwangsweise Einziehung eventuell im Wege der Lohnpfändung erfolgen wird.

(General-Versammlung.) Gemäß des Vereinsstatuts werden die Mitglieder des Konsumvereins Miechowiz e. G. m. b. H. zu Miechowiz zu einer ordentlichen General-Versammlung für Sonntag, den 12. Dezember 1920, nachmittags 4 Uhr im Wollischen Gasthaus eingeladen. Tagesordnung siehe Inserat-Einladung.

(Blut in Karf.) In dem von den Polen ermordeten Gasthause ist es zwischen deutschgesinnten und polnischen Gästen zu Streitigkeiten gekommen. Letztere griffen zum Revolver. Dabei ist der Arbeiter Harris durch einen Lungen- und einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt worden. Der Stellenbesitzer John Kortyla wurde in ein Bein geschossen und die Schänkerin hat einen Streifschuß erhalten. Die Täter sind bekannt.

(Raub.) Dienstag abend sind in Staditz-Dombrowa zum Kaufmann Suda in den Laden drei mit Revolvern bewaffnete Männer gekommen, besahen dem Kaufmann und seiner Ehefrau die Hände hochgehoben und raubten 10 000 Mark bares Geld, eine Anzahl Zundermarken und verschiedene Waren. Die Rauber sind unerkannt entkommen.

(Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?) Darauf hat der Unabhängige Wente in einer Versammlung in Chemnitz einen Antwort gegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Der sozialdemokratische Vektor Schloffer hatte in der Versammlung gesagt, er sei gläubiger Christ und überzeugter Sozialdemokrat. Dazu jagte Wente im Schlusswort: Herr Vektor, das geht nicht. Entweder sind Sie ein gläubiger Christ, dann können Sie kein überzeugter Sozialdemokrat sein. Oder aber Sie sind ein überzeugter Sozialdemokrat, dann (mit erprobener Stimme) können Sie kein Christ sein.

(Nicht nur bei uns.) Nach dem „Hamb. Korr.“ beträgt die Gesamtzahl der im letzten Vierteljahr, vom Juli bis Oktober, allein in Hamburg angemeldeten Straffachen, ohne die auswärtigen, über 35 000. Darunter befinden sich weit über 500 Fälle von Wänschverbrechen, fast 50 Morde und sechs Fälle von Leichenschändung, ungefähr 1400 Körperverletzungen und fast 20 000 Diebstähle, darunter fast 1000 Taschendiebstähle und über 700 Unterbreuungen. 160mal hat die Polizei wegen Raubabstreifungen müssen und fast zehnmal wegen Erpressung.

(Legitimationsarten.) Es ist nicht hinreichend bekannt, daß Kopfbilder für die neuen Legitimationsarten nicht erforderlich sind. In des steht es jedem frei, ein Bild in die Karte einlegen zu lassen, und es dürfte immerhin besser sein, wenn der Ausweis auch zugleich das Bild des Betreffenden trägt. Das Bild darf nicht zu alt und die Kopfgröße nicht zu klein sein.

(St.-Streik.) 30. November. (Die Einbrecher in Schmitzdorf) sind noch nicht ermittelt. Da alle Eisenbahnstationen bald benachrichtigt und Verbändige dort nicht bemerkt wurden, kann man nur annehmen, daß sie in einem irgendwo bereitstehenden Auto entkommen sind. Diese Vermutung findet Bestätigung in der uns soeben zugegangenen Meldung, daß am Freitag, in der 6. Abendstunde, wahrscheinlich dieselben Räuber im Kontor der Wabelungswen Kalkwerter in Sogolin erschienen und dort auf gleiche Weise unter Bedrohung der drei anwesenden Beamten 50 000 Mk. mitnahmen. Eine goldene Uhr wurde auf besonderes Bitten großzügig zurückgelassen. Auch hier entamen die Räuber unerkannt. Wie man erzählt, soll auch in Kruppamühle kürzlich ein ähnliches Raubverbrechen verübt worden sein.

(Dels, 30. November. (Vom Schloß.) Die frühere Kronprinzessin Cecilie ist nebst Kindern und Gefolge zum dauernden Aufenthalt im hiesigen Schloße eingetroffen.

(Giesberg, 30. November. (Streit der Saalbesitzer.) Infolge der von den städtischen Körperchaften verfüzten hohen Zuschlagssteuer beschloffen die Hirschberger Saalbesitzer, die Langvergnügen so lange ausstellen zu lassen, bis eine Herabminderung der Steuer erfolgt ist. Auf den Auszug dieses Streites darf man gespannt sein.

(Begnitz, 2. Dezember. (Patronen-Verchiebung.) Hier verlautet, daß größere Posten Patronen nach Polen verschoben worden sind. Bis jetzt sind zwei Angestellte des Biegnitzer Hauptverwaltungsamtes, ein dortiger Kaufmann und ein Feldwebel der Reichswehr, festgenommen worden.

Deutchen und Umgegend.

(Die Hilfspolizeiwachmeister im Ausland.) Am Dienstag haben die hiesigen Hilfspolizeiwachmeister, die einen großen Teil der uniformierten Polizeibeamten ausmachen, ihren Dienst eingestellt, weil ihnen die verlangte Gehaltserhöhung nicht bewilligt worden ist. Am Nachmittag hatte Polizeikommissar Kominek, der den erkrankten Polizeirat Dender vertritt, in dieser Angelegenheit mit dem Ersten Bürgermeister.

(Dr. Kammerer.) Der einzige Arzt in Rößberg, Dr. med. Kammerer, ist einer schweren Lungenerkrankung, 43 Jahre alt, erlegen. Im Januar d. J. war ihn die Grippe auf das Krankenlager und brachte ihn dem Tode nahe. Er erholte sich jedoch wieder, bis ihn jetzt eine schwere Lungenerkrankung befiel, deren Opfer er binnen kurzer Zeit wurde.

(Räuberischer Überfall.) Am Dienstag früh ist in der Julienhütte ein Schichtmeister-Assistent, der sich auf dem Wege von der Hauptkasse nach dem für die Lohnauszahlung bestimmten Gebäude befand, von zwei mit Revolvern bewaffneten Männern überfallen und ihm die gesamten Lohnauszahlungsbeträge von mehreren Tausend Mark geraubt worden. Die Täter sind unerkannt entkommen.

(Dazu wird noch gemeldet: Ein Schichtmeister hatte den Auftrag, in Begleitung von zwei weiteren Personen die Lohngehälter nach der Lohnstelle zu bringen. Wänter im Hofe trieb auf dem Wege von der Hauptkasse nach dem Gebäude, in dem die Lohnauszahlung bezahlt werden, stellten sich ihm plötzlich zwei Männer mit dem Aufse „Hande hoch“ entgegen, legten ihre Revolver an und verlangten die herausgabe der

Summe. Die beiden Begleiter suchten vor Schreck das Weite, so daß dem Schichtmeister, um nicht sein Leben einzubüßen, nichts anderes übrig blieb, als die Lohngehälter in Höhe von 80 000 Mark dem Räuberwolf herauszugeben. Die Täter sind über die Hölzen unerkannt entkommen, obwohl die Apo verständig und zwei Beamte rechtzeitig die Verfolgung aufnahmen.

(Revolverversteck zwischen Einbrechern und Polizeibeamten.) In der Nacht zum Montag ist in die Räume der Freibank des städtischen Schlachthofes, die vom polnischen „Knoten-Kreuz“ als Lagerräume für Wäsche- und Kleidungsstücke benutzt werden, ein Einbruch verübt worden. Dabei sind die Einbrecher von der Schlachthof-Wache überrascht worden, auf die von den Einbrechern sofort geschossen wurde. Letztere wurden in die Flucht geschlagen und an der Gae Barstraße und Johann-Georgstraße kam es zu einer erneuten Schießerei, nachdem die Schlachthof-Wache durch eine Polizei-Batrouille Verstärkung erhalten hatte. Von den Beamten ist keiner verletzt worden. Ob die Einbrecher verletzt worden sind, hat sich nicht feststellen lassen, da dieselben mit ihrer geringen Beute unerkannt entkommen sind.

Tarnowitz und Umgegend.

(Abschlußprüfung an der Bergschule.) Am 29. November fand in der Oberschlesischen Bergschule in Tarnowitz die Abschlußprüfung statt, der sich 86 Bergschüler, fast ausschließlich Kriegsteilnehmer, unterzogen. Das Prüfungsergebnis war ein sehr günstiges. Von 86 Absolventen verließen 38 die Schule mit dem Prädikat gut. Von den Absolventen sind die Herren Stanulla Kurt, Schypulla Hans, Struzina Georg und Wienczura Franz aus Königshütte. Glück auf für die Praxis!

Kirche und Schule.

(Ein Bischof in Aachen?) Wie die Kölnische Volkszeitung von zuständiger Seite erfährt, entspricht die Blättermeldung von einer bevorstehenden Einrichtung selbständiger Generalvikariate in Aachen und in Essen nicht den Tatsachen. Richtig sei nur, daß der Plan erwogen werde, dem Nachfolger des jüngst verstorbenen Aachener Bischofs Dr. Kaufmann die bischöfliche Würde zu verleihen, damit er zur Entlastung des Kölner Erzbischofs im Aachener Bezirk die bischöflichen Funktionen vornehmen kann.

Gerichtssaal.

(Der Führer einer Arbeiterdeputation verurteilt.) Der Schloffer Rindler in Bittersfeld, der als Führer einer Arbeiterdeputation der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron vom Direktor die Bezahlung des Ruhetages an die gesamte Arbeiterchaft erzwungen hatte, wurde von der Strafkammer in Halle wegen Erpressung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Arbeiter hatten am Ruhetag arbeiten wollen, um gegen die christlichen Feiertage zu protestieren. Die Direktion konnte sich jedoch darauf nicht einlassen wegen der gesetzlichen Bestimmungen.

(Hohe Geldstrafen für Schmuggler.) Das Untersuchungsgericht in Cleve verurteilte den Viehhändler Conrad aus Calcar, der versucht hatte, etwa 20 Schweine nach und nach über die holländische Grenze zu schaffen, zu einem Jahre Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe. Die Güterbesitzermittler von den So aus Keelen, die ein Automobil und zwei Pferde über die Grenze geschmuggelt hatte, wurde zu 10 Tagen Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Allerlei vom Tage.

(Nach einer Havasmeldung aus Algier, ist am Dienstag vormittag das erste deutsche Schiff, das seit dem Jahre 1914 den Hafen anlies, angekommen. Es handelt sich um den Dampfer Amyna, der nach Hamburg geht.

(In der nunmehr beendeten Kampagne hat die Zuckerrabrik Oldisleben von 830 Hektar 71 000 Zentner Zuckerrüben (i. V. von 3793 Hektar 42 000 Zentner) bearbeitet. Auf den einzelnen Morgen entfielen 175 Prozent des vorjährigen Ertrages. Auch der Zuckergehalt war auf, so daß man also von einem günstigen Zuckerjahr sprechen darf.

(Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat die Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs auf 80 Pf. für den 1. Dezember beschlossen. Gleichzeitig wird bei der Hoch- und Untergrundbahn ein höherer Fahrpreis in Kraft treten.

(Mittels gefälschter Kundenbriefe verstanden es zwei Beamte der Deutschen Post, Filiale Dresden größere Beträge zu erlangen. Die beiden ungetreuen Beamten liefen 50 000 Mark nach Wehlen (Sächsische Schweiz) überweisen. Wo sie später in Empfang nahmen. Als der Betrag wiederholt wurde und abermals 50 000 Mark nach Bad Schandau überweisen worden waren, konnten die Betrüger ermittelt und verhaftet werden.

(Für einen bekannten Dresdener Obstgroßhändler (Löring-Platzstraße) traf in den letzten Tagen ein Waggon Äpfel aus Schlesien auf dem Neustädter Bahnhof ein. In einer großen Zahl derartiger Obstkörbe befand sich Äpfel darin, nur eine Schicht Äpfel war darüber verpackt. Dieser Schiebertransport war aber verurteilt worden. Die Polizei beschlagnahmte in der Niederlage des Obsthändlers das gesamte Mehl.

Einladung

Gemäß § 57 des Vereinsstatuts werden die Mitglieder des Konsumvereins Miechowiz e. G. m. b. H. zu Miechowiz O. S. zu einer ordentlichen

General-Versammlung

für Sonntag, den 12. Dezember 1920, nachmittags 4 Uhr, im Wollischen Gasthaus ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Jahresrechnung, Beschlüßfassung über die Genehmigung der Bilanz, sowie die Gewinnverteilung und die dem Vorstande zur erteilende Entlastung für das Geschäftsjahr 1919/1920.
2. Wahl von 2 Aufsichtsratsmitgliedern und 2 Vorstandsmitgliedern.
3. Mitteilungen.

Die geprüfte und richtig befundene Bilanz vom 30. September 1920 liegt im Geschäftslokal zur Einsicht der Genossen vom 4. Dezember 1920 ab aus.

Miechowiz, den 29. November 1920.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins Miechowiz e. G. m. b. H.

Guh, Vorsitzender.

Dankagung.

Für die so überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die vielen herrlichen Blumen- und Kranzspenden anlässlich des so frühen Hinscheidens unseres innigstgeliebten Töchterchens

Erika

sagen wir Allen auf diesem Wege unsern aufrichtigsten Dank. Ganz besonders danken wir Sr. Hochwürden dem Herrn Pfarrer Lerch für seine trostreichen Worte, mit denen er unseren Liebling der Ewigkeit übergab, sowie den Herren des hies. kath. Lehrervereins für den erhebenden Gesang.

Miechowiz, den 1. Dezember 1920.

Rudolf u. Margarete Podlesny

Verloren eine schw. Aktentasche

auf dem Wege von Preußengrube nach Deutchen. Inhalt Bücher, Zeitschriften pp. Abzugeben gegen gute Belohnung bei

Starkstrom G. m. b. H. in Bismardhütte.

Solange Vorrat reicht!

Abfall-Tabak

gut im Geschmack,
1/4 Pfund 6,00 Mark
zu haben bei
Benno Weiß, Miechowiz.



Nach Gottes heiligem Willen entschlief am Mittwoch, den 1. Dezember, früh 5 1/2 Uhr, nach kurzem, schweren Krankenlager, gefährt mit den Gnadenmitteln unserer hl. Kirche, mein innigstgeliebter Gatte, unser herzensguter, mit so unermüdlichem Eifer treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der

Fleischermeister

Paul Derber

im blühenden Alter von 39 Jahren.

Miechowiz, den 1. Dezember 1920

In tiefster Trauer

Olga Derber, geb. Kolloniat und Kinder
im Namen aller trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Dezember, vormittags 8 1/2 Uhr vom Trauerhaus aus, statt.

Wie ein Wunder

Beseitigt
Vulno Heil-
Wund-u. Haus-
Salbe

jeden Hautauschlag, Fiechten, Hautjucken, Nesselsucht, Beinläsionen, offene Wunden, Krampfadern der Frauen und dergl. in Originalschachteln 4, 6, 00 Mk. Als Blutreinigungstee trinke man „Vulno“-Blutreinigungstee Kart. 5, 00 Mk. Erhältlich in der Adlerapothek, Kronprinzstraße 1.

Elektra-

Benzin-, Benzol-, Rohöl-

MOTOREN

ortsfest u. fahrbar
(Lokomobilen)
schnell und preiswert

E. JELTSCH,
Breslau 8.